

Sondernummer zum  
20. Geburtstag des Aktienforum

# BÖRSE EXPRESS

BOERSE.  
EXPRESS.com

Mittags-News für Finanzprofis.

Nr.1742a/02 04 09

## 20 Ideen für den Finanzplatz Österreich

von Markus Fichtinger  
Geschäftsführer Aktienforum



Im politischen „Wendejahr“ 1989 wurde das Aktienforum durch die IV, die damalige Börse-Kammer und mehrere Finanzinstitutionen als Plattform der österreichischen Wirtschaft zur Förderung des Eigenkapitalmarktes gegründet. 20 Jahre später blicken wir auf zahlreiche Erfolge in der Stärkung und Weiterentwicklung des österreichischen Finanzplatzes zurück. Durch die internationale Finanzkrise werden aber nun scheinbar viele dieser Errungenschaften wieder hinterfragt. Etwa die kapitalgedeckte Altersvorsorge, die in anderen Ländern wesentlicher Teil der Pensionsvorsorge ist, wird zum Teil aus ideologischen, zum Teil aus Realitätsverweigerung, nun wieder von gewissen Kreisen in Frage gestellt. Ebenso haben auch die Privatisierungen wesentlich zur Belebung des Börseplatzes beigetragen. Auch hier scheint - zumindest teilweise - das Rad der Zeit zurückgedreht zu werden. Ist 2009 also wieder ein Wendejahr der Geschichte und führt dies zu nachhaltigen Konsequenzen für den Finanzplatz Österreich?

Um diesen Fragen nachzugehen, haben wir uns entschlossen, statt der bei Geburtstagen üblichen Rückschau auf die eigenen Leistungen, besser den Blick nach vorne zu richten. Wir Österreicher neigen ohnehin viel zu sehr dazu die Vergangenheit zu glorifizieren, zu lange am Bestehenden fest zu halten, anstatt den Blick nach vorne zu richten und die Chancen des Neuen und des Fortschritts aktiv zu ergreifen. Vielleicht entstammt

auch dieser Grundhaltung die noch immer weit verbreitete Skepsis gegenüber der Börse, die im Prinzip ein „Markt“ für die Bewertung und Einschätzung der Zukunft ist.

Die (mehr als) 20 Autoren in dieser Sonderausgabe des Börse Express legen aber diese Eigenschaft des „gelernten“ Österreichers ab. Sie führen Ideen aus, die wesentliche Beiträge zur zukünftigen Stärkung und Weiterentwicklung des Finanzplatzes sein könnten. Ein nationaler Finanzplatz wird im EU-Binnenmarkt und unter der globalen Vernetzung nur bestehen, wenn die Rahmenbedingungen optimal sind, und die Marktteilnehmer „Best practice“-Grundsätze nicht nur befolgen, sondern diese im internationalen Vergleich selbst umsetzen. Die Finanzkrise zwingt uns (noch) besser zu werden und die Herausforderungen anzunehmen.

Die Finanzkrise macht deutlich, wie wichtig funktionierende und breite Kapitalmärkte für Unternehmen, die Beschäftigung und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sind. Es gilt daher die Balance zwischen Regulierung und Markt ebenso zu finden, wie die Symmetrie zwischen Risiko und Chance. Gemeinsam mit und für unsere Mitglieder werden wir auch in Zukunft diese Prinzipien in die politischen Prozesse auf europäischer und österreichischer Ebene einfließen lassen.

Lassen sie mich abschließend den 20 Autoren für ihre Beiträge herzlich Danken. Die einflussreichsten und klügsten Köpfe des Landes haben sich in dieser Sonderausgabe zusammengefunden, und erfüllen damit unser Leitmotiv eine Plattform zu sein mit Leben. Wenn es uns gelingt auch nur einige dieser hervorragenden Ideen umzusetzen, werden wir 20 weitere Jahre erfolgreiche Kapitalmarktpolitik hinter uns bringen können.

Mehr (aber auch nicht weniger) brauchen wir uns zum „runden“ Geburtstag gar nicht zu wünschen.



von Josef Pröll,  
Bundesminister für Finanzen

## Refinanzierung für Firmen sicherstellen

Je mehr Quellen den Unternehmen zur Refinanzierung offen stehen und je ungehinderter Kapital aus diesen Quellen fließen kann, desto besser für eine Volkswirtschaft. In diesem Sinne muss ein gut funktionierender Kapitalmarkt Ziel jeder Wirtschaftspolitik sein. Zu diesem Ziel bekenne ich mich ganz klar. In diesem Zusammenhang sehe ich Verbesserungspotenzial in verschiedenen Bereichen; darüberhinaus gibt es einige Ideen, die man verhindern muss, wenn man einen Schaden für den Finanzplatz Österreich vermeiden will.

Eine solche schädliche Idee ist die Vermögenszuwachssteuer. Vermögenserträge von Aktienkapital werden in Österreich bereits mit 43,75 Prozent Steuer belegt. Da der Wertzuwachs einer Aktie ja nur ihr Potenzial widerspiegelt, Erträge abzuwerfen, wäre eine Vermögenszuwachssteuer neben KöSt und KESt eine dritte Steuer auf die ohnehin im internationalen Vergleich hohe Besteuerung von Aktienerträgen. Man kann getrost davon ausgehen, dass ein solcher Schritt abschreckende Wirkung auf Aktieninvestments entfalten würde. Nicht nur aus diesem Grund bin ich gegen eine Vermögenszuwachssteuer.

Auf der anderen Seite gibt es klares Verbesserungspotenzial bei den Regelungen für Private und Venture Capital. Hier ist Österreich im internationalen Vergleich absolut unterentwickelt. Wir brauchen einen modernen, gesetzlichen Rahmen, der den Bedürfnissen des Risikokapitalmarktes Rechnung trägt.

Verbesserungsbedarf gibt es auch im Bereich der Anlegerentschädigung. Es ist schlicht nicht akzeptabel, dass der gesetzliche Garantiebetrag von 20.000 Euro für ein Wertpapierdepot nur deshalb nicht zur Auszahlung kommt, weil die Anlegerentschädigungseinrichtung kein Geld hat. Wir haben deshalb einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der den Garantiebetrag mit einer Staatshaftung absichert. Dieser wird schon bald vom Parlament beschlossen werden. Darüberhinaus denken wir über eine bessere Ausbildung für Anlageberater nach. Auch so wollen wir dazu beitragen, das Vertrauen in den österreichischen Kapitalmarkt zu stärken.



von Ewald Nowotny,  
Gouverneur  
Oesterreichische Nationalbank

## Stabilität durch Bewegung

Die derzeitige Wirtschaftskrise stellt in der Tat eine Herausforderung für die Nationalökonomie dar. Das Konzept „voll rationaler und effizienter Märkte“ hat sich eindeutig als zu simples theoretisches Konstrukt erwiesen. Es besteht daher wieder wachsendes Interesse an Theorien, die wirtschaftliche Ungleichgewichtspositionen erklären können.

Es ist daher unerlässlich, dass wir Lehren aus dieser Krise ziehen. Die gesetzten Reformen müssen nachhaltig wirken und unsere Volkswirtschaft gleichsam resistenter gegen krisenhafte Erscheinungen machen. Ähnlich wie bei einer Schutzimpfung wären wir dann zumindest gegen die bekannten Auslöser immun.

Es geht hier beispielsweise um die Adaptierung der Bilanzierungsvorschriften, sodass risikoreiche Bankgeschäfte nicht in Sondergesellschaften oder Stiftungen ausgelagert und so versteckt werden können. Diese sollen vielmehr in der Bilanz sichtbar sein. Und es geht um Verhaltenweisen: Denn Risiken führen zu instabilem Verhalten, wenn das Risiko zu groß wird. Die Risikokontrolle ist daher zu verbessern. Weiters zeigt sich, dass eine weitere Verstärkung der Kooperation der nationalen Aufsichtsbehörden in Europa erforderlich ist. So gilt es die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden weiter auszubauen. Auch die Harmonisierung des Rechtsrahmens und die Entwicklung einheitlicher Aufsichtspraktiken wären parallel voranzutreiben. Längerfristig sollte im Rahmen des ESZB ein dezentral ausgestaltetes Europäisches Bankenaufsichtssystem errichtet werden. Grundlegende Voraussetzungen dafür sind v.a. ein klares politisches Commitment, eine verstärkte internationale Kooperation, letztlich aber auch eine Vertiefung der politischen Integration.

Es liegt also in unserer Hand dafür zu sorgen, dass jene Dinge die uns seit geraumer Zeit in Atem halten, zumindest in dieser Gestalt nicht wieder passieren können. Im optimalen Fall sollten die gesetzten regulativen Maßnahmen uns auch künftig vor ähnlichen Krisen bewahren.

von Hellmut Longin,  
Präsident  
Aktienforum



## „good companies“ statt „bad banks“ unterstützen

Die globale Finanzkrise macht die positive Entwicklung der heimischen Börsennotierten der letzten zwei Jahrzehnte beinahe vergessen. Einerseits haben die damals begonnenen Privatisierungen den (teil-)staatlichen Unternehmen nach der (beinahe) Pleite geholfen sich neue Geschäftsmodelle und neue Märkte zu suchen. Die Kapitalaufbringung über die Börse war Mittel zum Zweck zur Sicherung des Überlebens.

Andererseits waren die Privatisierungen über die Börse auch Signal an zahlreiche Familienunternehmen, sich neuen Kapitalquellen zu öffnen. Mit Verspätung ergriffen private Unternehmen die Chance, die Finanzierung ihrer Geschäftsstrategie über öffentliches Beteiligungskapital zu vollziehen. Die Finanzkrise hat nun die Börse, sei es für Eigen- oder Fremdkapital, derzeit weitgehend verschlossen. Gerade in Zeiten einer Krise, die Restrukturierung und Neupositionierung der Unternehmen erfordern, ist es wichtig, diesen Finanzkanal offen zu halten.

Die Bankenpakete zur Ankurbelung der Kreditvergabe können nur Teil des Ganzen sein. Vor allem wenn wir uns erinnern, dass in den letzten Jahren der Anteil der Kreditfinanzierung der heimischen Unternehmen nur noch bei rund 30% gelegen ist. Die Politik ist gefordert, auch Maßnahmen zu setzen, um die restlichen 70% der Unternehmensfinanzierung ebenso wieder in Schwung zu setzen. Garantien und/oder Steueranreize für Investoren wären der richtige Schritt.

Nur in den Erfolg staatlicher Ausgaben zu vertrauen ist naiv. Die Verteilung der Geldmittel nach politischen Kriterien erscheint wenig erfolgversprechend. Die Politik hat daher sicherzustellen, dass jene gut 120 österreichischen Börsennotierten, die 15,4% der heimischen Wirtschaftsleistung erbringen und 400.000 inländische Arbeitsplätze bereit stellen, sich auch in der Finanzkrise finanzieren können. Statt über „bad banks“ sollten wir über „good companies“ diskutieren. Staatsgarantien für das Investieren in zukunftsfähige Unternehmen sind vielversprechender als die Abwicklung von „toxic assets“. Und würden so auch die Bonität des Staates weniger gefährden. Das Aktienforum wird sich für diesen proaktiven Zugang zur Überwindung der Finanzkrise intensiv einsetzen.

von Michael Buhl, Heinrich Schaller  
Vorstände der  
Wiener Börse AG



## Nationale Stärkung – internationales Wachstum

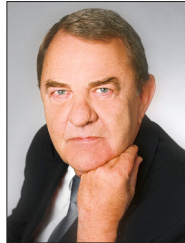
Wie alle internationalen Finanzplätze konnte sich auch die Wiener Börse der globalen Finanzkrise nicht entziehen und musste in den vergangenen Monaten trotz hervorragender Leistungen der gelisteten Unternehmen starke Kursverluste hinnehmen. Dennoch: Der österreichische Kapitalmarkt hat weiterhin viel zu bieten.

Die Wiener Börse bemüht sich erfolgreich um die Internationalisierung des österreichischen Kapitalmarktes, um so eine Steigerung der Liquidität zu erreichen, und akquiriert verstärkt internationale Handelsteilnehmer. Insgesamt sind 52 der 92 Handelsmitglieder ausländische Banken – 2009 wurden drei neue angebunden, zwei weitere werden in Kürze erwartet. Damit erfüllt die Wiener Börse einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung des österreichischen Marktes.

Doch dafür bedarf es auch der Schaffung optimaler Rahmenbedingungen, wofür wir einige Vorschläge an die Politik haben: Allen voran stehen die Abschaffung der Gesellschaftssteuer und die steuerliche Gleichbehandlung von Eigen- und Fremdkapital. Die Verankerung der Kapitalmarktausbildung in den öffentlichen Schulen soll das Vertrauen potenzieller Privatanleger in den Kapitalmarkt wieder herstellen bzw. stärken.

Die Wiener Börse sieht insbesondere in CEE große Chancen für die gelisteten Unternehmen und sich selbst. Durch Mehrheitsbeteiligungen an den Börsen Budapest, Laibach und Prag konnten wir im letzten Jahr ein starkes Bündnis schaffen. Trotz der momentanen Entwicklungen bewerten wir unsere Aktivitäten als höchst positiv. Wir sehen uns als Langzeitinvestor in eine Region, die ein wichtiger Verstärker des bisherigen Erfolges österreichischer Unternehmen ist und auch weiterhin immer noch großes Potenzial aufweist. Unser Ziel ist es, in unseren Beteiligungsmärkten Maßnahmen zu setzen, die zur Weiterentwicklung der regionalen Kapitalmärkte beitragen. Die Osteuropaaktivitäten – als langfristiges Engagement – werden auch in Zukunft ein starkes Standbein sein, von dem der österreichische Kapitalmarkt langfristig profitieren wird.

von Richard Schenz,  
Beauftragter für Kapitalmarktentwicklung  
und Corporate Governance



## Österreichische und europäische Bedingungen

**Geeignete Rahmenbedingungen** sind eine Grundvoraussetzung für das Vertrauen der Anleger in einen Kapitalmarkt. Vor allem in Krisenzeiten rücken elementare Vertrauenselemente wie die Corporate Governance der börsennotierten Unternehmen in den Vordergrund. Der international übliche Ansatz der freiwilligen Selbstregulierung durch einen Kodex als Ergänzung der gesetzlichen Corporate Governance-Bestimmungen hat sich in den vergangenen Jahren in Österreich erfolgreich etabliert. Das Aktienforum hat die Bemühungen, den Österreichischen Corporate Governance Kodex zu einem wirksamem Soft-law-Instrument zu entwickeln, maßgeblich unterstützt. Heute ist der österreichische Corporate Governance Kodex ein anerkannter Kodex im Sinne des Unternehmensgesetzbuchs und seine Einhaltung eine Aufnahme-Voraussetzung für den Prime Market der Wiener Börse.

Typische Corporate Governance-Defizite wie ineffiziente Kontrollsysteme, falsche Anreizsysteme, Interessenkonflikte, fehlende Unabhängigkeit und mangelnde Transparenz stellen zu einem maßgeblichen Teil die Ursachen der jetzigen Finanzkrise dar. Regeln zur Ausrichtung der Unternehmensführung auf Nachhaltigkeit und Langfristigkeit, für eine effektive Unternehmenskontrolle und bessere Transparenz waren daher von Beginn an die Schwerpunkte des österreichischen Kodex. Vier Anpassungen seit der Erstveröffentlichung im Oktober 2002 unterstreichen den Anspruch des österreichischen Kodex, den modernsten europäischen und internationalen Standards zu entsprechen. Ein Zurückbleiben bei der Selbstregulierung der Corporate Governance ist selbstverständlich keine Option für den Finanzplatz Wien.

Auch der weiterentwickelte Kodex bleibt ein ausgewogener, für die Unternehmen lebbarer Regelkatalog ohne Schikanen. Bei Beachtung der Kodexregeln wären etliche sehr unerfreuliche Entwicklungen am österreichischen Kapitalmarkt nicht entstanden. Ich appelliere an die börsennotierten Unternehmen, die Chancen der Selbstregulierung im Bereich der Corporate Governance zu nutzen: die größere Attraktivität der Unternehmen durch mehr Anlegervertrauen bei Einhaltung des Kodex und mehr Flexibilität durch das comply or explain-Prinzip sowie das niedrigere gesetzliche Regulierungsniveau.

von Othmar Karas,  
Mitglied des Europäischen Parlaments



## Bessere Regulierung von Finanzmärkten

**Die globale Finanzmarktkrise** erschüttert seit Sommer 2007 die Kapitalmärkte weltweit. Klare Konsequenz: Neue Regularien sind dringend notwendig, um den Anlegerschutz sowie die Finanzmarktstabilität zu verbessern.

Bei den Aufsichtsbehörden müssen wir die Rahmenbedingungen für eine bessere europäische Vernetzung der nationalen Finanzmarktaufsichten schaffen. Das Europäische Parlament fordert integrierte europäische Antworten, um eine effiziente Kooperation nicht nur in Krisenzeiten und unter gleichzeitiger Wahrung der Besonderheiten nationaler Finanzmärkte zu ermöglichen. Die Einführung von „Group Supervisory“, wodurch die Zusammenarbeit der Aufsichten bei länderübergreifenden Finanzmarktgeschäften verbessert und gemeinsames Vorgehen ermöglicht wird, ist hier ein wichtiger Schritt. Als Chefverhandler des Europäischen Parlaments zur EU-Bankenrichtlinie gestalte ich diese Neuordnung der Finanzmarktarchitektur aktiv mit.

Wir müssen auch europaweit verbindliche Bestimmungen zur Regulierung der Finanzmärkte schaffen: Das Liquiditäts- und Risikomanagement einiger internationaler Banken hat seine Aufgabe nur schlecht erfüllt und muss daher mit nachvollziehbaren und transparenten Standards verbessert werden. Gleichzeitig muss die Bankenregulierung auf prozyklische Effekte untersucht werden. Gerade in Zeiten der Krise dürfen Regulierungsmaßnahmen nicht die ohnehin negativen Auswirkungen noch beschleunigen.

Auf internationaler Ebene ist eine Revision der Vorgaben für Ratingagenturen notwendig, wie und nach welchen Kriterien Unternehmen bewertet werden. Das Europaparlament wird noch vor dem Sommer eine Verordnung dazu beschließen. Außerdem muss es zur Regulierung und zur Produktprüfung verschiedener Finanzanlageinstrumente und Alternativer Investments kommen. Hier gilt es Zusammensetzung und Eigenschaften dieser Produkte soweit wie möglich offen zu legen, um mehr Transparenz zu schaffen. Je nach Zielgruppe müssen auch die Standards für Informationspflichten verbessert werden. In Summe gibt die Finanzkrise damit Europa die Chance, mutig voranzuschreiten und nachhaltige Antworten im Sinne des österreichischen Finanzplatzes zu finden.

von Johannes Attems,  
Mitglied des Vorstandes  
Oesterreichische Kontrollbank



## Österreich-Qualitäten weiterentwickeln

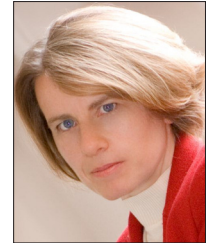
Gerade in weltwirtschaftlich schwierigen Zeiten wird vielen Menschen bewusst, wie wichtig die ökonomische Entwicklung aus den Regionen heraus ist. Bei aller Globalisierung der Märkte ist es eben nicht gleichgültig, in welchem lokalen Umfeld ein Unternehmen seine Tätigkeit ausübt und weiterentwickelt.

Österreich als Unternehmensstandort und Finanzplatz vereint viele Vorteile, die bei Investoren in Zukunft stärker in den Blick geraten werden: Politische Stabilität, hoher Wohlstand, soziale und persönliche Sicherheit, der sorgsame Umgang mit Umweltressourcen, die geografische Lage, das Talent der Menschen im Umgang mit anderen Kulturen, die fachliche Qualität der Arbeitskräfte, jene Innovationskraft, die österreichische Unternehmen in vielen Marktnischen zu Weltmarktführern gemacht hat und nicht zuletzt auch eine leistungsfähige Finanzmarkt-Infrastruktur.

Entscheidend für die Zukunft des Finanzplatzes Österreich ist, dass die Akteure in Politik, Interessensvertretung und Wirtschaft dieses spezifisch österreichische Bündel von Vorteilen mit Blick auf die ständigen Veränderungen im Finanzmarkt Ertrag bringend nutzen und weiterentwickeln. Ein wesentlicher Aspekt, der dabei zu berücksichtigen sein wird, ist, dass in der Zukunft mit Geld verstärkt gesellschaftsorientiert umgegangen wird und damit Fragen der Governance, der Transparenz und der Nachhaltigkeit an Bedeutung gewinnen.

Diese Entwicklung bestätigt nicht zuletzt auch eine aktuelle Studie des Unternehmensberaters A. T. Keamey: Unternehmen, die sich um nachhaltiges Wirtschaften bemühten, erzielten in der Finanzkrise eine deutlich höhere Performance als ihre Mitbewerber. Auch die Entwicklung des von der Kontrollbank berechneten OeKB Sustainability Fund Index zeigt, dass nachhaltige Fonds keinen Exoten-Status mehr haben. In der österreichischen Wirtschaft gibt es viele Unternehmen, die diese Anforderungen an Emittenten verstanden haben – erfreulicherweise auch viele, die an der Wiener Börse notieren. Österreich hat also eine gute Basis, um sich international glaubwürdig als Marktplatz zu positionieren, auf dem im doppelten Sinne gutes Geld zu verdienen ist.

von Susanne Kalss,  
Professorin des Instituts für Zivil-  
und Unternehmensrecht,  
Wirtschaftsuniversität Wien



## Hausaufgaben für einen neuen Kapitalmarkt

Die künftige Kapitalmarktrechtsgestaltung hat klare Ziele zu verfolgen: Stärkung des Vertrauens der Anleger sowie der Emittenten in den österreichischen Kapitalmarkt durch tatsächliche Inanspruchnahme, Schaffung neuer Wertschöpfungspotenziale am österreichischen Kapitalmarkt und die Sicherung eines wesentlichen Teils der Altersversorgung.

Naturgemäß sind dafür die Rahmenbedingungen des österreichischen Kapitalmarkts auf internationaler, europarechtlicher und nationaler Ebene nachzuziehen. Österreich muss sich in der internationalen ebenso wie in der europarechtlichen Diskussion einbringen und darf nicht bloß auf fremdbestimmte Ergebnisse warten. Auf nationaler Ebene muss Österreich die Chance der Offenheit für Reformen nützen, sowohl auf Gesetzgebungs- als auch Vollzugs- und Anwendungsebene effiziente Regelungen und Standards zu setzen.

- Stärkung von Ansehen und Effizienz der Aufsicht durch weitere Absicherung der rechtlichen und politischen Unabhängigkeit der Behörde,
- Effizientes und sachgerechtes Enforcement, zugleich Offenlegung und Zugänglichkeit zu Entscheidungen,
- Fokussierung der Emittentenaufsicht (börsennotierte Gesellschaften) bei der FMA,
- Verbesserung und Klarstellung des kapitalmarktrechtlichen Informationsregimes (Prospekt-Werbeinformation-Anlageberatung),
- Stärkung der Aufsicht sowie der Qualifikationsanforderungen und konkreten Verhaltenspflichten im Vertrieb,
- Sachgerechte Regelung von interessenverfangenen Gestaltungen bei Vermögensveranlagung zur Altersversorgung (Pensionskassen),
- Verbesserung der unternehmensinternen Aufsicht und Aufsichtsratskultur; Corporate Governance-Grundsätze müssen gelebt, Interessenkonflikte ernst genommen und entsprechend unternehmensintern und -extern sanktioniert werden.

Erst die Anwendung des Normenbestands lässt die Gesellschafts- und Kapitalmarktkultur entstehen, die attraktiv genug für Investitionen ist.

von Dietmar Rupar,  
Generalsekretär der Vereinigung  
Österreichischer Investmentgesellschaften



## Österreich als Fonds- Hub für den CEE-Raum

**Finanzmarktkrisen** wohnt die Eigenschaft inne, dass sie vorübergehen. Wenn sich der Pulverdampf der gegenwärtigen Krise aus dem CEE-Raum verzogen hat, werden die zugrundeliegenden Stärken und Notwendigkeiten dieser Region wieder klar erkennbar sein. Die Länder werden sich auch in Zukunft auf einem langfristigen investitionsgetriebenen Wachstumspfad befinden. Besonders im Bereich der Finanzwirtschaft besteht großes Aufholpotenzial, denn alle verfügbaren Daten zeigen, dass die finanzwirtschaftliche Durchdringung weit hinter den mitteleuropäischen Werten zurückbleibt. Während in den reifen Ökonomien das Anlagevolumen in Investmentfonds bei über 50% des BIP liegt, beträgt dieser Wert in den CEE-Staaten zwischen 1 bis 7%, und dies gilt als wesentlicher Indikator für das langfristige Wachstumspotenzial des dortigen Investmentfondsgeschäfts.

Die österreichischen Fondsgesellschaften haben früh begonnen in Zentral-, Mittel- und Südeuropa Kapitalanlagegesellschaften zu gründen. Gleichzeitig können die heimischen Gesellschaften auf ein großes Vertriebsnetz ihrer Konzernbanken zurückgreifen, die in diesen Staaten zu den Marktführern zählen. Durch diese Pionierrolle konnte die österreichische Fondsindustrie in den letzten Jahren beträchtliche CEE-Expertise aufbauen und sieht diesen Raum nun als ihren erweiterten Heimmarkt. Neben der optimalen geografischen Positionierung im zentralen Donauraum bringen auch die historischen und kulturellen Gemeinsamkeiten als Soft Skills-Wettbewerbsvorteile. Gleichzeitig passen auch die übrigen Rahmenbedingungen, die für das Vertrauensgeschäft Asset Management unerlässlich sind. Österreich hat eine international herzeigbare Finanzmarktaufsicht, die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sind mit den Banken in den CEE-Raum mitgegangen und die Wiener Börse hat sich ebenfalls auf diese Region - auch durch Kapitalbeteiligungen - fokussiert.

Der Finanzplatz Österreich hat in den kommenden Jahren die Chance, sich im Bereich des Fonds- und Assetmanagementgeschäfts im CEE-Raum als das zu positionieren, was Luxemburg und Dublin für Westeuropa sind. Die Fondsindustrie will diese wohl einmalige Gelegenheit nützen.

von Friedrich Mostböck,  
Head of Research,  
Erste Group Bank AG



## Investoren & Anleger, Fokus auf Roadshows

**Konzertierte** Roadshow-Veranstaltungen von börsennotierten Unternehmen haben sich für den österreichischen Finanzplatz als wichtig erwiesen. Roadshows mit institutionellen Investoren finden laufend durch Banken selbst organisiert oder seit Jahren in bewährter Weise von österreichischen Banken in Zusammenarbeit mit der Wiener Börse statt. Hierbei liegt der Fokus auf den Finanzzentren Europas aber auch in den USA. Mit japanischen Banken finden vereinzelt kleinere Veranstaltungen in Tokio statt.

Der Ablauf ist meist so organisiert, dass das Management börsennotierter Unternehmen am jeweiligen Ort komprimiert über einen Tag institutionelle Investoren in persönlichen Einzelgesprächen (One-on-one's) trifft. Hiezu werden in Hotels oder Konferenzzentren an einem Ort gebündelt Räume angemietet, um diese One-on-one's effizient umzusetzen. Wichtig dabei ist, dass Investoren meist Strategien und neueste Geschäftsentwicklungen aus erster Hand direkt vom verantwortlichen Management (CEO, CFO) hören wollen.

Gerade in den aktuell turbulenten und schwierigen Zeiten der laufenden Finanz- und Wirtschaftskrise ist es enorm wichtig, dass der Finanzplatz Wien hier Flagge zeigt und mit voller Kraft auf den Investor zugeht. Nur im Bewusstsein voller Transparenz und keiner Scheu sich auch unangenehme Fragen der Investoren zu stellen, werden wir die Krise meistern können.

Positive Argumente einer Roadshow sind:

- Zugang zu allen wesentlichen Marktteilnehmern (Fonds, Pensionskassen, Hedgefonds, etc.),
- gebündelt an einem Ort (logistisch optimiert, keine individuellen Kundenbesuche),
- nachhaltige Betreuung sichergestellt (Trading, Sales und Research),
- Auswahl der Destinationen in Abstimmung Wiener Börse und Unternehmen,
- gesamte Organisation aus einer Hand (eine Bank plus Wiener Börse AG),
- Fokus auf langfristigen Erfolg für den Kapitalmarkt.

von Louis Norman-Audenhove,  
Generalsekretär,  
Versicherungsverband VVO



## Stabile österreichische Versicherungen

**Versicherungen** zählen heute in Österreich zu den größten Investoren, Arbeitgebern und Steuerzahlern. Kaum ein Wirtschaftsbereich wächst so nachhaltig wie die Versicherungs- und Finanzdienstleistungsbranche - und ist dabei ein so wesentlicher Faktor für den individuellen und gesamtwirtschaftlichen Wohlstand.

Auch die gesellschaftspolitische Bedeutung der Versicherungsbranche ist nicht zu unterschätzen. Wie ließe sich die hohe Mobilität aufrechterhalten, wenn man bedenkt, dass in Österreich jedes Jahr Milliarden-Beträge an Kfz-Schäden bezahlt werden? Wer könnte noch ein Unternehmen betreiben, wenn Feuer- und andere Elementarschäden nicht versichert wären? Und wie ließen sich Entwicklung, Forschung und Produktion in der Industrie aufrechterhalten, wenn oft weit in die Zukunft reichende Haftpflichtrisiken nicht abgedeckt werden könnten? Auch die demografischen Gegebenheiten zeigen die Notwendigkeit der privaten Vorsorge ergänzend zur staatlichen Vorsorge - sei es in der Lebens- oder in der Krankenversicherung - immer deutlicher auf. Kurz: Wirtschaftlicher Fortschritt ist in einer hoch entwickelten Gesellschaft wie der unseren ohne private Versicherung nicht mehr vorstellbar, und Österreichs Versicherungen sind auch in schwierigen Zeiten stabile Unternehmen mit sicheren, ertragreichen Produkten und beständigen Arbeitsplätzen.

Am Kapitalmarkt treten die heimischen Versicherungsunternehmen seit jeher als konservative Teilnehmer in Erscheinung - vor der Krise oft kritisiert, macht sich dieses Verhalten nun aber bezahlt. Bei betont konservativen, auf Langfristigkeit ausgelegten Produkten wie der klassischen Lebensversicherung oder der betrieblichen Kollektivversicherung als sicheres Modell der betrieblichen Vorsorge, spielen die Kapitalmarktschwankungen eine geringere Rolle - sie erweisen sich als solide und wertbeständig.

Sicherheit ist ein wichtiger Punkt der Lebensqualität. Das Kerngeschäft von Versicherungen ist das Bieten von Schutz und Sicherheit. So weit es möglich ist, gilt das auch für die Unwägbarkeiten der Finanzmärkte.

von Fritz Janda,  
Geschäftsführer  
Fachverband der Pensionskassen



## Firmenpensionen jetzt!

**Die Pensionslücke** nähert sich schnell. Auch wenn es kein Politiker ausspricht, wissen wir: Die demografische Entwicklung unserer Gesellschaft bringt die gesetzliche Pension des Umlagesystems in arge Bedrängnis, Einschnitte werden notwendig sein. Wir brauchen Ergänzungen, um diese Lücken zu schließen - und die beste Ergänzung ist die Firmenpension.

Firmenpensionen sind kollektiv und daher sicherer als individuelle Vorsorge: Eine individuelle Verfügung über die Gelder bewirkt, dass im Alter nur noch ein Teil der Menschen etwas davon übrig hat. Eine von 20 Ideen für den Finanzplatz und die österreichische Gesellschaft muss daher die Stärkung der Zweiten Säule der Altersvorsorge - der Firmenpensionen sein. Eine verpflichtende Betriebspension für alle Arbeitnehmer ist der Wirtschaft derzeit sicherlich nicht zumutbar. Um jedoch die Pensionslücke für die jungen Arbeitnehmer nicht zu groß werden zu lassen, sollte eine Firmenpension für alle Arbeitnehmer ab dem Jahrgang 1990 vorgesehen werden.

Weiters ist es notwendig, mit Anreizen die Nachfrage nach Firmenpensionen bei Klein- und Mittelbetrieben zu steigern. Mit der Einführung der nachgelagerten Besteuerung der Eigenbeiträge von Arbeitgeber und Arbeitnehmer könnte eine Verbesserung des Versorgungsgrades erreicht werden. Die Pensionskassen sind mit 60% größter Anbieter der betrieblichen Altersvorsorge. Sie verwalten ein breit diversifiziertes Portfolio aus Qualitätswerten, die über viele Jahre beobachtet, geprüft und gehalten werden und langfristigen Wertzuwachs bringen. Sie tragen daher wesentlich zur Stabilisierung der Kapitalmärkte bei. Kurzfristige Einbrüche dürfen nicht den Blick auf die langfristig positive Entwicklung verstellen.

Wer die aktuelle Situation an den Finanzmärkten aus Eigeninteresse dazu missbraucht, eine Schwächung der Pensionskassen oder gar ihre Abschaffung zu forcieren, der handelt weder im Interesse des Finanzplatzes noch der Bevölkerung: Pensionskassen sind langfristig die Form der betrieblichen Altersvorsorge mit dem besten Verhältnis zwischen Sicherheit und Ertrag, und mit ihnen können die kommenden Pensionslücken nachhaltig geschlossen werden.

von Christian Helmenstein,  
Chefökonom,  
Industriellenvereinigung



## Vorbörsliches IPO- Potenzial ausbauen

**Heiße und kalte Märkte** für Neuemissionen kommen und gehen. Momentan präsent ist eine Jahrhunderteiszeit, welche jegliches Emissionsgeschehen in die Nähe des absoluten Nullpunktes zurückführt. Dennoch wird im Zuge der nächsten Warmzeit nur wachsen, was schon anderweitig angelegt wurde.

In den Jahren vor der Krise erwiesen sich Abspaltungen von multinationalen Unternehmen unter dem Schlagwort der „Konzentration auf Kernkompetenzen“ als ergiebige Quelle für neue Listings. Derartige Operationen, typischerweise als Teil einer wohlintendierten Desinvestitionsstrategie verfolgt, setzen insbesondere bei Einbeziehung von Takeover-Fonds in einem Maße günstige Finanzierungsbedingungen voraus, dass mit deren verbreitetem Wiederauftreten nicht so bald zu rechnen ist.

Doch bergen gerade die großen Unternehmen noch ein weiteres Entwicklungspotenzial für zukünftige Börsengänge – ihre intellektuellen Assets. Zumeist nutzen diese nur einen Teil ihres Wissensinventars. Selbst bereits erworbene Patente bleiben mitunter – aus vielerlei Gründen, insbesondere einer nicht darstellbaren Kompatibilität zur Gesamtstrategie – unverwertet.

Solche brachliegenden Wertschöpfungspotenziale soll eine öffentlich-private Partnerschaft zur Unternehmensentwicklung heben. Dabei verbessert die öffentliche Hand – analog zum akademischen A plus B-Programm – die infrastrukturbezogenen Voraussetzungen für Aus- und Neugründungen, während insbesondere Hochtechnologie-Unternehmen ausgewählte, nicht aktiv genutzte immaterielle Vermögensgegenstände in die Partnerschaft einbringen. Letztere sollen entgeltfrei von jungen Unternehmen genutzt werden können.

Im Erfolgsfall partizipieren alle Beteiligten: die öffentliche Hand von einem Mehraufkommen an Steuern und Abgaben, der originäre Rechteinhaber von einer a priori eingeräumten Beteiligungsoption, die jungen Unternehmen vom Zugang zu neuen Technologien. Ein alternatives Modell ohne Beteiligungsoption könnte vorsehen, einen aliquoten Teil des zusätzlichen Steuer- und Abgabenaufkommens dem originären Rechteinhaber als Forschungsprämie gutzuschreiben.

vom Gesamtvorstand  
der C.I.R.A.



## Professionalisierung als Chance in der Krise

**Gerade in Zeiten** der Krise und der damit verbundenen schwierigen Situation auf den Finanzplätzen muss die Weiterentwicklung und Professionalisierung des österreichischen Kapitalmarktes weiter forciert werden.

Die in den vergangenen Jahren gesetzten Maßnahmen sollten weiter fortgeführt werden, um den österreichischen Finanzplatz und die Unternehmen wieder stärker auf dem Radar der internationalen Investoren erscheinen zu lassen.

Um das Vertrauen der Anleger in die Finanzmärkte und die Unternehmen wieder zu stärken, ist eine Fortführung der Verbesserung der Corporate Governance-Kultur in Österreich wesentlich. Denn besonders in Krisenzeiten ist es wichtig, dass Kontrollorgane und Gremien reibungslos und transparent zusammenarbeiten.

Zudem sollte die Entwicklung der Aufsicht des österreichischen Kapitalmarktes weiter gefördert werden. Eine bessere Vernetzung der nationalen Finanzmarktaufsichten in Europa würde eine raschere und effizientere Kooperation bei Krisen ermöglichen.

Weiters sollte die Professionalisierung der Finanzkommunikation der österreichischen Unternehmen kontinuierlich forciert werden. Um am internationalen Kapitalmarkt in Sachen Investor Relations state-of-the-art zu sein, ist ein fortlaufendes Benchmarking mit global agierenden Unternehmen und deren Kommunikationstools und -inhalten wesentlich. Denn gerade jetzt ist es wichtig, dass das Top-Management Bereitschaft zeigt, persönlich präsent zu sein und sich den internationalen Kapitalmärkten sowie der Financial Community zu präsentieren.

von Jürgen Marchart,  
Geschäftsführer,  
AVCO



## Konjunktur-Turbo mit privatem Kapital

In Zeiten schwacher Konjunktur und dem erschwerten Zugang für österreichische KMU zu Krediten sind alternative Finanzierungsinstrumente von besonderer Bedeutung. Privates Wachstumskapital kann als ein eigenständiges Finanz- bzw. Kapitalmarktsegment eine dringend nötige Finanzierungsfunktion übernehmen und Finanzierungslücken reduzieren.

Aufgrund der langfristigen Orientierung der Beteiligungskapital-Industrie steht gerade jetzt Kapital (Fundraising 2007: 257 Mio. Euro) für Investitionen in österreichische KMU zur Verfügung. Privates Wachstumskapital ist daher ein Teil der Lösung der aktuellen Finanzkrise! Allerdings nur, wenn der Gesetzgeber es zulässt und attraktive Rahmenbedingungen schafft.

In Österreich besteht hier leider zurzeit eine Gesetzes-Vakuum, die sowohl die KMU in starke Bedrängnis bringt, wie auch Kapitalgeber, die teilweise bereits in ausländische Strukturen flüchten. Betroffen von dieser Situation sind in Österreich rund 50 Private Equity Fonds sowie 500 Beteiligungsunternehmen mit über 30.000 Beschäftigten und einem Umsatz von mehr als 4 Mrd. Euro.

Auch wenn im Sommer 2008 mit dem Entwurf für das Kapitalmarktstärkungs- und Innovationsgesetz (KMStIG 2008; IGG) ein Schritt in die richtige Richtung gesetzt wurde, besteht bei diesem Gesetzesentwurf jedoch noch großer Optimierungsbedarf, um das vom Gesetzgeber selbst gesteckte Ziel zu erreichen, einem international wettbewerbsfähigen Finanz- und Wirtschaftsplatz Österreich gerecht zu werden. Das IGG enthält eine Reihe von Bestimmungen, die eine praktische Nutzung unmöglich machen.

Ein überarbeiteter Entwurf, das „IGG-light“, hat zwar alle Problembereiche ausgeräumt, damit liegt ein anwendbarer, international wettbewerbsfähiger Entwurf vor und müsste nur mehr umgesetzt werden. Dies wäre ein kleiner Schritt für den Gesetzgeber, aber ein großer für die österreichischen KMU. Leider lässt dieser Schritt – eine konjunkturbelebende Maßnahme, die keinen Cent Steuergeld kostet – auf sich warten.

von Oliver Grabherr  
und Burkhard Feurstein,  
gamma capital partners



## KMU-Eigenkapital für Wachstum unabdingbar

Nur eine „realwirtschaftliche“ Eigenkapitalstärkung über Beteiligungskapital sowie Mezzaninefinanzierung für die mittelständische Wirtschaft stellt sicher, dass das „Bankenpaket“ bei den Gewerbe- und Industrieunternehmen „ankommt“. Das Bankenpaket soll die Refinanzierungsbasis für die österreichischen Banken sicherstellen und damit auslösen, dass wieder vermehrt Kredite in die Realwirtschaft gepumpt werden. Diese müssen an gesunde und eigenkapitalstarke Firmen vergeben werden. Deshalb benötigen gerade die KMU verbesserten Zugang zu Eigenkapital über Eigenkapitalfinanzierungspartner.

Dies ist kein Bankengeschäft, sondern ein Beteiligungskapital-Geschäft; gerade in diesem Eigenkapitalbereich ist der österreichische Markt – durch die historisch gewachsene Bankenlastigkeit – noch unterentwickelt, auch und gerade im internationalen Vergleich. Die österreichische Beteiligungsinindustrie könnte mit einem Refinanzierungspaket, das einen Bruchteil des „Bankenpakets“ ausmacht, die vermehrte Nachfrage der österreichischen KMU im Eigenkapitalbereich (Eigenkapital und Mezzaninkapital) decken und damit zum Gelingen des Gesamtkonzeptes entscheidend beitragen.

Von den 100 Mrd. Euro Bankenpaket würde 1% oder 1 Mrd. Euro die österreichische Beteiligungskapitalszene für 2 Jahre verdoppeln. Bisher wurden rd. 250 Mio. Euro p.a. durch österreichische Beteiligungsfonds in die mittelständische Wirtschaft investiert. Diese Eigenkapitalstärkung zieht nochmals das Doppelte bis Dreifache an „gesunder“ Kreditfinanzierung nach sich.

Die möglichen Abwicklungsinstitutionen wären sinnvollerweise die AWS bzw. die ÖIAG zur Entwicklung der KEI mittels Eigenkapital durch professionelle Venture-Capital-, Private-Equity- und Mezzanine-Capital-Fondsmanager. Wir würden uns wünschen, dass wir auch auf eine 8%ige Refinanzierung mit Staatsmitteln zur Dotierung von Eigenkapital- und Mezzanine-Fonds zurückgreifen können. Im weiteren können wir uns vorstellen, für die Alternative Assets Fonds auch den Kapitalmarkt wieder in Anspruch zu nehmen, um sowohl den Anlegern ein attraktives Investment zu ermöglichen, als auch den finanzierten Unternehmen mehr Volumina.



von Wilhelm Rasinger,  
Präsident  
IVA - Interessenverband für Anleger

## Vertrauen und Kontrolle: Fortschritte notwendig

Bei den rechtlichen Rahmenbedingungen, beim Thema Steuern sowie beim Anlegerschutz sind hierzulande Verbesserungen notwendig. Folgende Punkte wären am wichtigsten:

*Verbesserung der Ausbildung der Privatanleger:* Dies ist vor allem eine Aufgabe der öffentlichen Hand: Fachhochschulen, Universitäten, Volkshochschulen, Banken. Vorbeugen ist besser als Heilen. Mündige und ausgebildete Anleger sind immun gegen inhaltsleere Versprechungen und Schönfärberei.

*Stärkung der Institutionen der Überwachung und der Sanktionierung:* Einrichtungen wie Finanzmarktaufsicht, Staatsanwaltschaften und Gerichte müssen Ressourcen in Bezug auf Finanzen, Quantität und Qualität der Mitarbeiter zur Verfügung gestellt bekommen, dass sie ihren von der Öffentlichkeit erwarteten Aufgabenstellungen nachkommen können. Die bisherigen Regeln der Geheimhaltung sind danach zu hinterfragen, ob sie in allen Punkten sinnvoll sind und ob Fehlverhalten erleichtert und begünstigt wird. Besonders dringend ist die Umsetzung der Idee einer Gruppenklage - in der Öffentlichkeit auch als „Sammelklage“ bezeichnet. Dadurch können Anlegerklagen kostengünstiger und Verfahren beschleunigt werden. Eine Mindestzahl von 100 Klägern ist eindeutig zu hoch gegriffen. Die Latte sollte bei 10 bis 20 liegen.

*Verbesserung der Kapitalmarktkommunikation:* Es ist zu hinterfragen, ob der Umfang und die Komplexität der Geschäftsberichte und Zwischenberichte im Interesse der Privatanleger sind und als Grundlage für Anlageentscheidungen effizient genutzt werden können.

*Verbessern der Rechnungslegungsvorschriften:* Die schwer durchschaubaren IFRS-Regeln haben mehr zu Verwirrung und Fehlentscheidungen beigetragen, als das Rechnungsvorschriften tun, die sich an der kaufmännischen Vorsicht orientieren.

*Straffung der Hauptversammlung:* Kompaktere Beiträge des Vorstandes, weniger Vorratsbeschlüsse, nicht bindende Abstimmung über einen Vergütungsbericht, weniger Elemente eines Volksfestes.



von Karl Bruckner,  
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater,  
Geschäftsführer BDO Auxilia Treuhand

## Eigenkapitalstärkung durch Zinsenabzug

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise zeigt es einmal mehr: Eine geringe Eigenkapitalausstattung und damit hohe Verschuldung erhöht die Krisenanfälligkeit von Unternehmen und führt zu einer verstärkten Insolvenzgefahr. Als eine der Ursachen für die Eigenkapitalschwäche der österreichischen Unternehmen wird neben der hohen Steuerbelastung auf Unternehmensgewinne, die mit den letzten Steuerreformen allerdings deutlich reduziert worden ist, vor allem die steuerliche Diskriminierung des Eigenkapitals bzw. der Eigenkapitalbildung genannt. Das österreichische Steuersystem begünstigt nämlich grundsätzlich die Aufnahme von Fremdkapital und benachteiligt die Finanzierung mit Eigenkapital: Denn Erträge eigenfinanzierter betrieblicher Realinvestitionen werden mit bis zu 50% Ertragsteuern belastet, während weitgehend risikolose zinsbringende Kapitalveranlagungen im Privatbereich nur mit 25%igen Kapitalertragsteuer besteuert werden bzw. zum Teil überhaupt steuerbefreit sind (z.B. Spekulationsgewinne nach Ablauf der Spekulationsfrist).

Unter diesen Rahmenbedingungen ist es vorteilhaft, vorhandene Eigenmittel nicht im Betrieb einzusetzen, sondern steuergünstiger auf der Ebene des Gesellschafters bzw. im Privatbereich des Eigentümers zu veranlagen und betriebliche Investitionen mit Fremdkapital zu finanzieren, wodurch eine Reduktion des mit bis zu 50% besteuerten Gewinns durch den Abzug von Fremdkapitalzinsen erreicht werden kann.

Eine Entdiskriminierung des Eigenkapitals könnte erreicht werden, indem bei der steuerlichen Gewinnermittlung auch für das Eigenkapital fiktive Zinsen als Betriebsausgabe zugelassen werden. Zur Herstellung einer Finanzierungsneutralität der Besteuerung müssten die vom Unternehmensgewinn abgesetzten fiktiven Eigenkapitalzinsen allerdings nicht völlig steuerfrei gestellt, sondern könnten mit dem 25%igen Steuersatz für Zinserträge in der Privatsphäre besteuert werden. Dies führt zum Konzept der dualen Einkommensteuer mit Eigenkapitalzinsenabzug, wie es bereits in den 1990er-Jahren in einigen skandinavischen Staaten mit Erfolg eingeführt worden ist und mit dem auf budgetchonende Weise eine finanzierungsneutrale Besteuerung hergestellt werden kann.



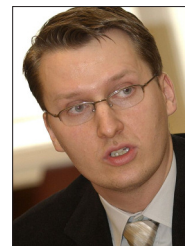
von Robert Kremlicka,  
Partner und Managing Director,  
A.T. Kearney Österreich

## Konsequenz auf allen Ebenen

**Mit Fröschen** ist nicht leicht über das Austrocknen von Sümpfen zu sprechen. Dabei ist die Situation hinreichend klar, um Tacheles zu reden: Nicht die böse Marktwirtschaft ist schuld. Politik, Notenbanken und Regulatoren haben versagt, und Zockern zu lange mit Bewunderung zugesehen. Amerika den Schwarzen Peter anzuhängen, ist zu einfach. Europa fiel es nicht schwer, die Finanzkrise zu importieren. Ein Finanzmarkt mit 27 Schiedsrichtern und Spielern, die World Cup nach Landesliga-Regeln spielen, hält keinem Stresstest Stand. Die EU Task Force um Larosiére verheißt nichts Gutes. Die Vorschläge sind ein Kompromiss, noch bevor sich die Entscheidungsgremien Ende März treffen. „micro-supervision“ über die nationalen Finanzmarktaufsichten und ein „Monitoring“ systemischer Risiken ab 2010 (sic) sind angesichts des finanziellen Supergaus bestenfalls homöopathischer Natur. Siegt lokale Systemerhaltung über transnationale Konsequenz? IWFs Kahn ist zu Recht kritisch.

Auch der österreichische Finanzmarkt erlebt eine dramatische Phase; weitere Überraschungen nicht ausgeschlossen. Dabei ist die Strategie unverändert richtig. Ein geopolitisch begünstigter Finanz-Hub mit erfolgreichen Leit-Unternehmen unterstützt durch eine kapitalmarktfreundliche Altersvorsorge, eine überregional vernetzte Börse und eine leistungsfähige Infrastruktur. Aber seien wir ehrlich: Uns hat die Krise nicht alleine getroffen.

Der Domino-Effekt hat hausgemachte Defizite schonungslos offen gelegt. Wirtschaftspolitische Spielchen wie bei voestalpine oder Boehler diskreditierten uns international lange vor der Krise. Jetzt verschrecken Affären wie Meinel oder Immofinanz. Island- und Zypern-Verluste werden sozialisiert. Zuerst über Vorsorge- und Pensionskassen, später über Steuern kommen selbst jene Österreicher zum Handkuss, die keine Wertpapiere besitzen. Das Schlimmste sind Überraschungen gepaart mit mangelnder Konsequenz. Welche Konsequenzen? Weltklasse-Transparenz, knallharte Governance und Zurückstellen von Partikularinteressen beim Bau eines europäischen Finanzsystems. Es bleibt wenig Zeit.



von Herwig Schneider,  
Geschäftsführer  
Industriewissenschaftliches Institut (IWI)

## Mit Innovation aus der Krise

**Forschung**, Technologie und Innovation (FTI) sind zentrale Stellhebel für Erfolg und Wettbewerbsfähigkeit. FTI-Strukturen von Heute sind die Grundlage für Beschäftigung, Wohlstand und Lebensqualität von Morgen.

Allgegenwärtig schwingt die globale Finanz- und Konjunkturkrise ihr Damoklesschwert über der heimischen FTI-(Förder-)Landschaft. Nichtsdestotrotz verstehen die heimischen Unternehmen, dass sie auch in Zeiten verknappter Ressourcen den innovativen Charakter ihrer Aktivitäten in den Blickpunkt rücken müssen.

Eingebettet in einen schwankungsfreien Förderfluss benötigen die FTI-Akteure dabei adäquate Finanzierungsbedingungen. Die Wirtschaft braucht Chancen- und Innovationskapital jetzt und gerade jetzt. Sollen die Unternehmen nach dem voraussichtlichen Ende der Finanz- und Konjunkturkrise von kleiner gewordenen Märkten größere Anteile bekommen, müssen die Weichen rechtzeitig gestellt werden.

Jede Verbesserung und Vereinfachung ist hierzu willkommen: Bei der Ermöglichung eines klugen Finanzierungsmixes aus Eigen- und Fremdkapital angefangen bis hin Forcierung über das Steuersystem (Erhöhung der indirekten steuerlichen F&E-Förderung). Daneben dürfen freilich die Rufe nach einem Ausbau der FTI-Infrastruktur, dem Aufbau von qualifizierten FTI-Informationsnetzwerken oder verstärkter internationaler Vernetzungen auch nicht verhallen.

FTI-Aktivitäten benötigen per definitionem öffentliches Engagement. Dort, wo den unternehmerischen Kräften derzeit besondere Grenzen gesetzt sind, muss der Staat noch verstärkt mit einem gesamtheitlich durchdachten und durch eine klare Fördervision geprägtes Politikkonzept seiner Rolle im Dienste des volkswirtschaftlichen Nutzens gerecht werden.

Reduzierungen sind dabei mit Sicherheit die falsche Strategie – kein Teilbefüllen von Fördertöpfen! Denn mit innovatorischem Kapital lässt sich auch ein Weg aus dieser Krise finden.

## IMPRESSUM

Medieneigentümer: Styria Börse Express GmbH

Anschrift: Berggasse 7/7, 1090 Wien

Internet: [www.boerse-express.com](http://www.boerse-express.com)

Telefon: 01/236 53 13

Mail: [redaktion@boerse-express.com](mailto:redaktion@boerse-express.com)

Abo: [www.boerse-express.com/abo](http://www.boerse-express.com/abo)

Geschäftsführung: Christian Drastil (dra), DI Josef Chladek (jc), Bettina Schragl (bs)

Herausgeber: Christian Drastil (dra)

Chefredaktion: Bettina Schragl (bs), [bettina.schragl@boerse-express.com](mailto:bettina.schragl@boerse-express.com) (CR),  
Mag. (FH) Christine Petzwinkler (cp), [christine.petzwickler@boerse-express.com](mailto:christine.petzwickler@boerse-express.com) (CR)

Projektmanagement: Marlene Scheidl, Bakk, [marlene.scheidl@boerse-express.com](mailto:marlene.scheidl@boerse-express.com)

Redaktion: Mag. Daniel Hoffmann (hd), [daniel.hoffmann@boerse-express.com](mailto:daniel.hoffmann@boerse-express.com)

Michael Plos, MA (plos), [michael.plos@boerse-express.com](mailto:michael.plos@boerse-express.com)

Peter Nestler (nes) [peter.nestler@boerse-express.com](mailto:peter.nestler@boerse-express.com)

Herbert Gmoser (hg), [herbert.gmoser@boerse-express.com](mailto:herbert.gmoser@boerse-express.com)

Mag. Katharina Spiegl, MIM (kasp), [katharina.spiegl@boerse-express.com](mailto:katharina.spiegl@boerse-express.com)

Grafik/Produktion: Dipl.-Des. (FH) Dagmar Cettl, [dagmar.cettl@boerse-express.com](mailto:dagmar.cettl@boerse-express.com)

Webdevelopment: DI Josef Chladek [josef.chladek@boerse-express.com](mailto:josef.chladek@boerse-express.com)

Dieter Patscheider [dieter.patscheider@boerse-express.com](mailto:dieter.patscheider@boerse-express.com)

Vollständiges Impressum: [www.boerse-express.com/impressum](http://www.boerse-express.com/impressum)